

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa,
Herrnstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 12.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Einkasse:
Riesa Nr. 12.

Nr. 162.

Mittwoch, 13. Juli 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Böhne- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Seite (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Zeilenweite 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demillimeter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versfällt, durch Klage eingezogen, werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Leichgräber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Der Blutsonntag.

Am Sonntag wird eine blutige Bilanz gezogen. In allen Gegenden Deutschlands ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern gekommen, es sind 17 Tote und 101 Verwundete zu beklagen. Und das ist erst der Anfang, denn der eigentliche Wahlkampf steht noch bevor, die Gemüter werden mehr erhitzt, die Parteileidenschaft wird härter geschürt.

Einerseits wird diese Unsicherheit auf die Aufhebung des Uniformverbotes zurückgeführt. Die Uniform hat vielleicht infolgedessen, als sie die Parteien deutlicher kennzeichnete und vielleicht auch das Selbstbewußtsein hebt. Die größte Schuld an diesen Kämpfen bis aufs Blut wird aber auf die seit Jahren gesteigerte Gegenseitigkeit zurückzuführen sein, auf die Verdrängung der politischen Kampfmethoden und auf den sich immer stärker ausprägenden Siegeswillen. Wenn sich Massen ballen, wie es heute der Fall ist, hilft leider nicht immer die Disziplin und aus Parolen läßt sich manchmal gerade das herauslesen, was mit einem geistigen Kampf nichts mehr zu tun hat. Die politischen Auseinandersetzungen sind durch die vielen Wahlen, durch die scharfen parlamentarischen Kämpfe, durch die für Propagandazwecke geprägten Schlagworte und schließlich durch die Zuspitzung der Parteiforderungen so überhitzt worden, daß sich Aufstachelungen einstellen, die mit dem Leben sogar unbefriedigter spielen und die, erst in Gang gekommen, rückwärts bis zur Vernichtung durchgeführt werden.

Man wird nicht annehmen dürfen, daß die eine oder die andere Partei nun tatsächlich die Absicht hat, sich mit Blut-schuld zu belasten. Aber man wird erkennen müssen, daß eben trotz aller guten Einsicht ruhige Männer vergeblich um eine gewisse Vernunft in den Reihen ihrer Anhänger ringen. Leider vermehren es aber die Führer, gerade gegen die Ueberheblichkeit und man kann sagen, Machtwort anzuwenden, die Duldsamkeit zu probieren. Und das ist wohl die Hauptursache, wenn Gegner, nun uniformiert, sich schlagen, wenn sie sich meiden sollten, unzulässig werden, weil sie glauben, allein den bevorzugten Platz und bevorzugte Rechte zu besitzen.

Die Duldsamkeit scheint aus dem politischen Leben gestrichen zu sein. Heute wird die Auffassung vertreten, daß es keine andere Meinung geben darf und nur eine zu herrschen hat, obwohl es eine alte Weisheit ist, daß niemals alle Menschen unter einen Hut und zu einer Meinung zu bekehren sind. Vielen mag die Politik ein Geschäft, vielen ein Zeitvertreib, anderen eine Befriedigung eines Ehrgeizes sein, aber darüber hinaus gibt es doch viele, die in einer politischen Ueberzeugung leben und fest verwurzelt in Anschauungen stehen, die auch mit der Pistole nicht ausgerottet werden können. Und wie es im Leben immer viele Meinungen geben wird, so wird es auch in der Politik bleiben, daß der dogmatische Glaube Gruppen gestaltet. Man soll die Ansichten des anderen ehren, auch politische Ansichten, die von den eigenen abweichen. Darin liegt am besten das Bekenntnis gegen den blutigen Parteikrieg. Er wird verabschiedet werden und muß schließlich auf die Träger und Verantwortlichen rückwirkenden Einfluss haben.

Falsch wäre es aber, wenn man der Regierung die Hauptschuld an den blutigen Auseinandersetzungen zerschreiben wollte. Wie gesagt, ist der Uniformierung politischer Kräfte nicht die Ueberheblichkeit zu geben. Und wenn der Reichsinnenminister auf eine Frage der sozialdemokratischen Führer, wenn es genug des Blutvergießens sein sollte, geantwortet hat, noch sehe er keinen Grund zum Einschreiten, so fügt er sich wahrscheinlich auf die Forderungen, die ihm geworden sind und legt die blutigen Kämpfe dahin aus, daß sie auch dann nicht zu vermeiden gewesen wären, wenn das Uniformverbot nicht beseitigt wäre. Und man kann dem Reichsinnenminister den guten Glauben nicht absprechen, denn wer will behaupten, ohne Uniform läse man größere Duldsamkeit und größere Achtung der Gegner, ohne Uniform würden sich Gegner mehr meiden und sich nur mit Reden, nicht aber mit den Fäusten bekriegen?

Es erheben sich auch im Lager der Regierung bereits ernste Stimmen, die den Vorschlag machen, die Regierung möge prüfen, ob sie nicht andere Maßnahmen gegen den blutigen Wahlkampf anwenden sollte. Heute indessen dürfte es, selbst wenn die Regierung die Uniform wieder beseitigen wollte, sicherlich zu spät sein. Denn Kämpfer lassen sich mitten im Kampfe nicht trennen. Der Kampf aber ist gerade in der Entwicklung, die Bataillone sind im Anmarsch, die Ueberzeugung ist landläufig, daß man mit Worten und Flugblättern allein nicht mehr werden kann, sondern seine Kraft, seine Macht, seinen Kampfwillen, vielleicht auch die physische Ueberlegenheit zeigen muß.

Gewiß wird über die zulässigen Grenzen gegangen und eine Unsicherheit geschaffen, die das Gesicht eines sich entwickelnden Terrors von verschiedenen Seiten aufweist. Es muß aber noch in letzter Stunde an die Einsicht der Führer appelliert werden, es muß alles vermieden werden, neue Schlagworte zu predigen oder durch Uebertreibungen und falsche Darstellungen böses Blut zu machen. Noch niemals hat das deutsche Volk den Nachgedanken so ausgeprägt gesehen wie augenblicklich. Die Rede aber wird lebendig, wenn bewußt oder unbewußt angebliche Taten der anderen erblickte Darstellung finden. Man muß als verantwortlicher Mensch bis zuletzt Del auf das wogende Wasser zu greifen versuchen. Nicht aber Del ins Feuer, um es weiter zu schüren.

Die traurige Bilanz des letzten Sonntags packt jeden fühlenden Menschen ans Herz. Es darf nicht sein, daß wir ein Volk der Rohlinge heißen, daß über Meinungen und Ueberzeugungen Gewalt zu liegen versucht und der Besessene nicht in Frieden leben kann, weil es politische Gruppen

Die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung plant Umgestaltung des Rundfunks.

Kein Staatskommissar für Preußen.

Berlin, 13. Juli.

Die gestrigen politischen Besprechungen und Beratungen haben irgendwelche Beschlüsse nicht gebracht. Nur über eines besteht Klarheit — und zwar wird das auch nach dem Besuch des deutschnationalen Abgeordneten von Wasserfeld betont —, daß die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen nicht in Frage kommt.

Der Ausbau des Arbeitsdienstes.

An der Sitzung des Reichskabinetts, die den Nachmittag und Abend ausfüllte, ist man über eine grundsätzliche Aussprache nicht hinausgekommen. Das ergibt sich von selbst aus der Bedeutung und der Kompliziertheit des Arbeitsdienstes. Den Beratungen liegt ein Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums zu Grunde, der unter dem Arbeitsminister die Einsetzung eines Reichskommissars und unter diesem wieder die von Bezirkskommissaren vorstellt. Den Kommissaren sollen dann Bezirke an die Seite gestellt werden. Die in der Presse bereits angekündigte Begrenzung nach oben auf das 25. Lebensjahr ist ebenfalls in dem Entwurf enthalten. Es wird als selbstverständlich angesehen, daß für den Arbeitsdienst vor allem zwei Grundzüge gelten müssen, nämlich, daß er nur für gemeinnützige Zwecke in Frage kommt, und daß zweitens die Wirtschaft durch ihn nicht noch mehr beeinträchtigt wird. Die Mittel, die für den Arbeitsdienst zur Verfügung stehen, lassen sich noch nicht genau beziffern, weil zu dem Etatanschlag noch der vorläufig nicht ganz genau abschätzbare Ersparnisbetrag der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung tritt. Rund rechnet man wohl mit gut 60 Millionen RM.

Die Kabinettsberatungen hierüber gehen am heutigen Mittwochnachmittag weiter. Am Abend fährt der Reichskanzler nach Reudel. Er befragt sich, daß er vom Reichsinnenminister begleitet wird. Frhr. von Gans hat die Aufgabe, den Reichspräsidenten über die innerpolitischen Vorgänge der letzten acht Tage zu unterrichten und ihm außerdem Vortrag über die Ausbaupläne des Reichskabinetts zu halten. Er wird nach dem Vortrag am Donnerstagabend zurückkehren, während der Reichskanzler noch einen Tag länger als Gast des Reichspräsidenten in Reudel bleibt; er fährt also erst Freitagabend zurück. Nach der Rückkehr des Reichsinnenministers und des Reichskanzlers geben die Beratungen über das Ausbauprogramm weiter, und zwar sollen sie mit aller Beschleunigung fortgesetzt werden, damit die Rotverordnung noch vor Ende des Monats erscheinen kann.

nicht gefällt. Ueber Schuld oder Nichtschuld soll hier nicht geredet werden. Aber dem Willen gelte Ausdruck, daß die Führer sich ihrer Verantwortung bewußt werden, da sie, und gerade sie einmal Menschenschaft geben müssen. Nichts geschieht im Leben ohne Willen, dort also, wo nicht der Wille ist, die deutsche Volk sich immer der Gewalt, von welcher Seite sie auch kommt, beugen wird, muß einmal, wenn eine Gewalt sich durchzusetzen vermag, die Abrechnung kommen, für die die Verantwortlichen gerade zu stehen haben. Mit Sorge muß man nach diesem Sonntage der sich verschärfenden Agitation entgegen sehen. Noch ist es nicht zu spät, Schlimmes zu verhindern. Die Parteiberzeugung soll und darf das Menschentum nicht vernichten. Vor allem gilt ein Mensch und sein Leben!

Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder.

Berlin. (Funkpruch.) Reichsernährungsminister Eder von Braun hat, wie wir vom Reichsernährungsministerium erfahren, die Landwirtschafts- u. Ernährungsminister der Länder zu einer Konferenz am 19. und 20. Juli nach München eingeladen. Gegenstand der Besprechungen sollen die Marktarfragen bilden.

Ein Erlaß des preußischen Innenministers an die Regierungspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Angesichts der blutigen Zusammenstöße des letzten Sonntages hat der preußische Minister des Innern die Regierungspräsidenten ermahnt, die Polizeibehörden anzuweisen, in jedem Falle der Anmeldung einer Veranstaltung scharf zu prüfen, ob ausreichende Polizeikräfte zum Schutze der Veranstaltung und ihrer Teilnehmer zur Verfügung stehen. Im anderen Falle soll ein Verbot der Veranstaltung erlassen werden.

Berlin. (Funkpruch.) Der preußische Minister des Innern hat an alle Polizeibehörden einen Funkpruch erlassen, in dem es heißt: Alle Polizeibehörden haben sich der durch die Rotverordnung vom 14. Juli 1932 gegebenen Sank-

Die Umgestaltung des Rundfunks.

Pläne der Reichsregierung.

Berlin. (Funkpruch.) In der Presse ist in den letzten Tagen mehrfach von Reformplänen der Reichsregierung für eine Umgestaltung des Rundfunks die Rede gewesen. Ein Berliner Mittagsblatt bringt hierzu heute weitere Einheiten.

Wie wir hören, ist in der Tat eine Reform beabsichtigt. Die Besprechungen innerhalb der Reichsregierung sind aber noch nicht abgeschlossen und man kann deshalb auch nicht sagen, wie weit die Einzelheiten der bisherigen Verfügungen auch wirklich praktisch durchgeführt werden. Grundsätzlich ging es bei den bisherigen Besprechungen darum, dem Widerstand des Reichspostministeriums zu überwinden. Das scheint durch eine Lösung gelungen zu sein, durch die die praktischen Entscheidungen in die Hand des Reichsinnenministeriums gelegt werden, während die Einnahmen weiter der Reichspost zustehen. Der Grundgedanke der Reform geht auf eine stärkere zentrale Einflußnahme hinaus. Deshalb soll auch neben dem jetzt schon bestehenden Reichsrundfunkkommissariat ein zweites, politisches Kommissariat errichtet werden. Diese beiden Verordnungen werden dann aber nicht mehr Kommissare, sondern Direktoren sein.

Dagegen scheint es nicht anzutreffen, daß eine Umformung auch bei den Sendegesellschaften beabsichtigt ist. Soweit wir unterrichtet sind, denkt man augenblicklich daran, statt dessen den Deutschlandsender weiter auszubauen und ihn den Zielen des Reiches härter dienbar zu machen. Eine solche Lösung würde durchaus mit dem Grundgedanken der zentralen Dezentralisation und einer politischen Konzentration übereinstimmen. Jedenfalls würden auf diese Weise auch die Schwierigkeiten umgangen, die sich unter Umständen von den Ländern her einstellen können. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Umgestaltung des Rundfunks schon in kurzer Zeit Tatfache werden wird.

Berlin. (Funkpruch.) Zu der beabsichtigten Umorganisation des Rundfunks erfahren wir in Ergänzung oberer Darstellung vom Reichsinnenministerium, daß in nächster Zeit auch Besprechungen mit den zukünftigen Referenten der Länderregierungen stattfinden werden und daß sich dann der Reichsrat mit dem Plan der Reichsregierung beschäftigen wird. Die Behauptung eines Berliner Mittagsblattes, daß der Rundfunk vollständig vom Reichsinnenministerium übernommen werden soll, trifft nicht zu. Ebenso abwegig sind die Behauptungen des Blattes über einen drohenden Konflikt mit den Ländern. Im übrigen hat sich bisher weder der Reichsinnenminister absichtlich noch dem Reichskabinetts eine Vorlage gemacht worden.

habe gegen das unbefugte Führen von Waffen in jedem Falle unmissverständlich zu bedienen und polizeiliche Haft gegen mit Waffen Betroffene auf die längstmögliche Dauer anzusetzen.

Der preußische Innenminister mahnt zur Besonnenheit.

Berlin. (Funkpruch.) Der preußische Minister des Innern, Severing, hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem es heißt:

Von Tag zu Tag werden die politischen Feindschaften wilder angeheizt. Die gewalttätigen Zusammenstöße mehrten sich in erschütternder Zahl. An Stelle geistiger Auseinandersetzung tritt der Kampf mit Messer und Revolver.

Alle politischen Parteien überdrehen die Behörden mit Klagen über mangelhaften Schutz und mit Beschwerden über den Terror der anderen. Unsere Polizei tut mehr als ihre Pflicht. Aber Wunder verrichten kann auch sie nicht. Man spricht von Selbstschutz; aber der wirkliche Selbstschutz muß schließlich zum brutalsten Faustrecht führen.

Ich richte darum an alle, die guten Willens sind, die bringende Bitte, der ruhigen Besonnenheit wieder Eingang in politischen Ringen zu verschaffen. Wenn die Führer aller politischen Parteien und Verbände mithelfen, jeden Versuch gewalttätiger Auseinandersetzung zu unterdrücken und zu brandmarken, dann wird dem Norden Einhalt geboten.

Die christlichen Gewerkschaften fordern Uniformverbot.

Berlin. (Funkpruch.) Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem unter Hinweis auf die zunehmenden Terrorakte und die sich täglich mehrenden politischen Morde, die ein sofortiges allgemeines Uniformverbot erfordern, der Reichspräsident gebeten wird, nunmehr alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen, um weitere Gewalttätigkeiten zu verhindern, das Leben der Volksgenossen zu sichern und die freie Entscheidung bei der Reichstagswahl zu garantieren.